

KLEINE ANFRAGEN

Regierung unterstützt Stellensuche



VADUZ – Dorothee Latenser (VU) interessierte sich in Form einer Kleinen Anfrage bei der Regierung für Radio Liechtenstein. Im Budget 04 von Radio Liechtenstein sei unter der Rubrik «Erträge» für den Spotverkauf 1,95 Mio.

Franken vorgesehen. Konkret wollte Latenser wissen, auf wie viel sich die entsprechenden Ausgaben des Landes für die im ersten Halbjahr 2004 im Auftrag des Landes geschalteten Spots, z. B. unter der Rubrik «Stellenvermittlung» belaufen. Dazu hielt Wirtschaftsminister Hansjörg Frick fest, dass die Regierung mit dem Kauf von Sendezeit bei Radio Liechtenstein für das Sendegefäss «Stellenbörse» den Betrag von 42 996,95 Franken genehmigt habe. «Dieser Betrag umfasst sämtliche Produktions- und Ausstrahlungskosten.» Die entsprechenden Spots und Trailers sind seit Anfang April 2004 für 12 Monate auf Sendung. «Pro Woche werden 10 Trailers als Hinweis auf das Sendegefäss ausgestrahlt. Die eigentliche Stellenbörse wird montags, wittwochs und freitags je um 10.30 Uhr und um 15.30 Uhr ausgestrahlt. Zusätzlich jeden Samstag einmal um 14.30 Uhr.» Insgesamt ergeben sich daraus total 364 Ausstrahlungen des Sendegefässes und 520 Trailerschaltungen. (pk)

Breite Aufklärung über Mobilfunk an Schulen

VADUZ – Der VU-Abgeordnete Alexander Marxer fragte bei der Regierung an, ob sie Möglichkeiten sehe, die Aufklärungsarbeit bezüglich Gesundheitsgefahren und richtiger Handy-Benutzung an liechtensteinischen Schulen weiters zu intensivieren.

Regierungschef-Stellvertreterin und Bildungsministerin Kieber-Beck hielt dazu fest, dass alle schulischen Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen sich an den Zielsetzungen und Inhalten orientieren, wie sie im Lehrplan für das Fürstentum Liechtenstein beschrieben sind. «Eine breite Anforderungspalette wird an die Schule herangetragen. Die Schule ist auf die Unterstützung des Elternhauses angewiesen. Gerade im hier angesprochenen Bereich der Gesundheitserziehung wäre die Schule allein aufgrund der ihr zur Verfügung stehenden Zeitressourcen überfordert.» Die Regierungschef-Stellvertreterin weiter: «Dennoch gilt es festzuhalten, dass die Schule bereits heute sehr bemüht ist, die Kinder und Jugendlichen über die verschiedenen gesundheitlichen Gefahren aufzuklären. Dabei stehen im Fachbereich Mensch und Umwelt die Teilbereiche Lebenskunde und Realien zur Verfügung. Neben vielen anderen Inhalten geht es dabei auch um den Menschen und das Kennenlernen von gesundheitsförderndem und -gefährdendem Verhalten. Die Lehrerinnen und Lehrer sind angehalten, im Rahmen ihres Unterrichts in geeigneter Form auf die hier angesprochene Thematik einzugehen. Mit der Aufnahme eines Mobilfunk-kritischen Artikels aus dem Bündner Schulblatt (Mobilfunk – eine Gefahr?) ins liechtensteinische Schulnetz wurden den Lehrkräften schon vor längerer Zeit Informationen zur Problematik des Mobilfunks zugänglich gemacht. Zudem wurde dieses Thema an den Schulleiterkonferenzen besprochen und zur Frage der Verwendung von Mobiltelefonen an den Schulen eine Umfrage bei allen Schulen gemacht. Diese hat gezeigt, dass meist klare Regelungen bestehen (Elterninformationsordner, Schul- und Hausordnung usw.).

Darüber hinaus wurde veranlasst, dass in der Didaktischen Medienstelle den Lehrkräften ein grosses Angebot verschiedenster Lehrmittel zur Verfügung steht. Dabei handelt es sich beispielsweise um international anerkannte Lehrmittel: Schulbücher mit Lehrerkommentar, Fernsehsendungen auf Video etc.. Zudem sind über Internet verschiedene Dienste zugänglich, die weitere Informationen liefern. (pk)

Auslagerung noch offen

Im Frühling Entscheid zur Neuorganisation des Briefmarkenwesens

VADUZ – Bis Ende März 2005 soll seitens der Arbeitsgruppe ein Bericht zur möglichen Neuorganisation des Briefmarkenwesens vorliegen. Dann wird die Regierung entscheiden, ob eine Auslagerung zur Post AG in Frage kommt.

• Martin Frommelt

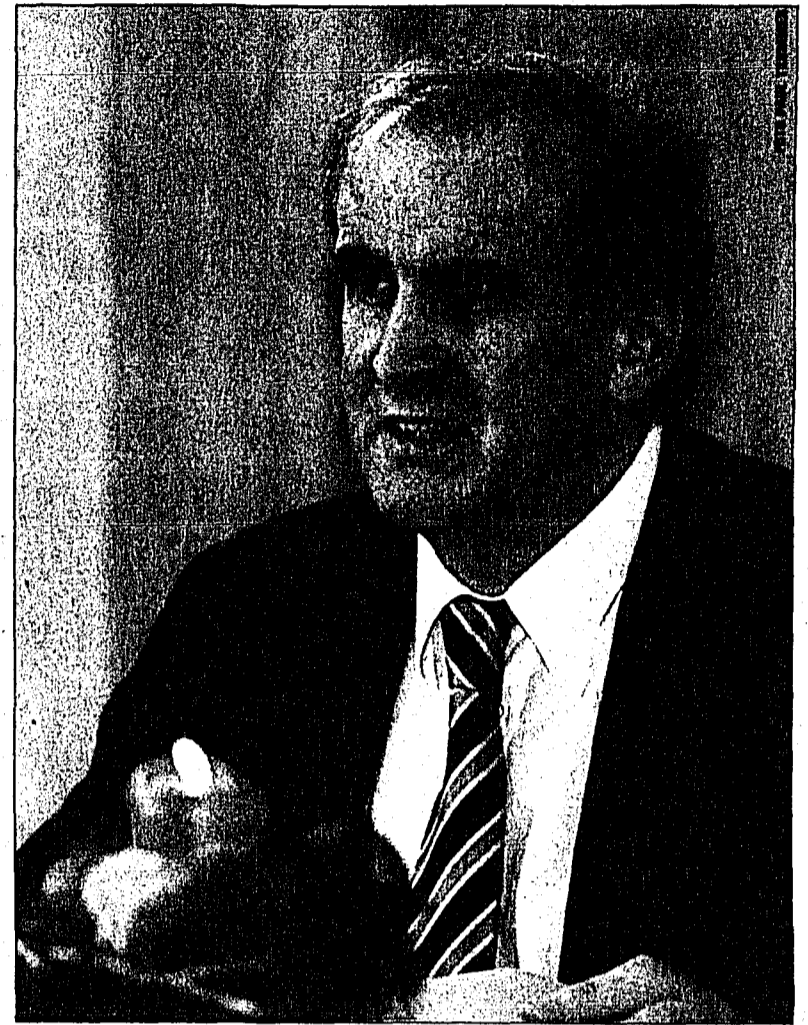
Eine Neuorganisation des Briefmarkenwesens ist aufgrund der rückläufigen Entwicklung dringend angezeigt. Das Schlimmste wäre es, der Entwicklung tatenlos zuzusehen. Aus diesem Grund hat die Regierung eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, die Möglichkeit einer Auslagerung des staatlichen Briefmarkenwesens an die liechtensteinische Post AG im Detail zu prüfen.

Kein Stellenabbau

Auf eine Anfrage des FL-Abgeordneten Paul Vogt im Landtag stellte Regierungschef Otmar Hasler klar, dass die Suche einer neuen Lösung gerade auch deshalb notwendig ist, um die entsprechenden Arbeitsplätze erhalten zu können. Für die Regierung kommt eine Überführung des Briefmarkenwesens zur Post AG nur unter gewissen Rahmenbedingungen in Frage.

Dazu Otmar Hasler: «Zum einen muss sichergestellt werden, dass die Briefmarke als solches ihrer Funktion als nationaler Kulturträger weiterhin gerecht werden kann. Zum anderen hat die Regierung deutlich gemacht, dass mit der Auslagerung des staatlichen Briefmarkenwesens kein Stellenabbau einhergehen darf. Die Post AG ist sich dieser Rahmenbedingung denn auch bewusst. Es ist nun die Aufgabe der Arbeitsgruppe, bis Ende März 2005 – unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen – einen Bericht über die organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Auswirkungen einer Auslagerung zuhanden der Regierung zu erstellen. In der Folge wird die Regierung auf der Basis dieses Berichtes entscheiden müssen, ob eine Realisierung des Auslagerungsszenarios effektiv angestrebt werden soll.»

Die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden von Anfang an umfassend und offen informiert. So wurden diese umgehend vom Regierungschef persönlich sowie vom sachlich zuständigen Regierungsrat Alois Ospelt, über den Inhalt und die Beweggründe des Regierungsentscheides sowie über das weitere Vorgehen informiert.



Beim Briefmarkenwesen verlangt die rückläufige Entwicklung eine zukunftsfähige neue Lösung: Regierungschef Otmar Hasler.

Dachmarke Liechtenstein ist kein Logo

Erneute Klarstellung zur Verwendung der Marke Liechtenstein

VADUZ – Kürzlich stellten bereits die wichtigsten Wirtschaftsverbände klar, dass die Marke Liechtenstein keine Marke der Regierung ist. Dem VU-Abgeordneten Ivo Klein versuchte der Regierungschef im Landtag nun auf dessen Anfrage hin einmal mehr klar zu machen, dass die Marke Liechtenstein kein Logo ist.

• Martin Frommelt

Ivo Klein war offensichtlich nicht klar, dass die auberginefarbene Marke Liechtenstein nicht als neues Standard-Logo für sämtliche Veranstaltungen, wie für den «Dialog Liechtenstein» oder für «200 Jahre Souveränität Liechtenstein», oder gar als Ersatz für die Staatsinsignien gedacht ist. Dazu Regierungschef Otmar Hasler: «Einmal mehr möchte die Regierung bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass



Bei der Marke Liechtenstein handelt es sich nicht um ein Logo, sondern um eine Dachmarke.

es sich bei der Marke Liechtenstein nicht um ein Logo, sondern vielmehr um eine Dachmarke handelt, die harmonisch neben dem offiziellen Auftritt von Regierung und Landesverwaltung, welcher wie bisher bestehen bleibt, aufscheint

und so das Bekenntnis von Regierung und Landesverwaltung zu einem gemeinsamen Auftreten des Landes zeigen soll. Die Regierung hat in diesem Sinne vor kurzem die Erarbeitung eines Konzeptes für die Einsetzung der Marke Liechtenstein unter Berücksichtigung der Grundsätze des Leitbildes der Liechtensteinischen Landesverwaltung in Auftrag gegeben.»

Eigener Charakter

Das grosse Staatswappen wird als Signet der Regierung und Landesverwaltung bei offiziellen Informationen eingesetzt. Allerdings werden bei speziellen Veranstaltungen wie etwa in Zusammenhang mit dem «Liechtenstein Dialog» oder den Feierlichkeiten «200 Jahre Souveränität Fürstentum Liechtenstein» eigenständige Erscheinungsbilder geschaffen. Die Regierung hält dies für zielführend, um diesen Veranstaltungen und Anläs-

sen einen eigenen Charakter und speziellen Wiedererkennungseffekt zu verleihen. Dies widerspricht auch nicht den Gestaltungsrichtlinien von Regierung und Landesverwaltung.

Ideale Plattformen

Inhaberin der Marke Liechtenstein ist die Stiftung Image Liechtenstein. Nach Auskunft des Regierungschefs hat die Stiftung bei der Regierung beantragt, einen Vertreter in das Organisationskomitee des «Liechtenstein Dialogs 2005» sowie in das OK der Feierlichkeiten «200 Jahre Souveränität Fürstentum Liechtenstein» aufzunehmen. Wie der Regierungschef ausführte, erachtet die Stiftung «im übrigen beide Veranstaltungen als ideale Plattformen für die Umsetzung der Kernbotschaften des Kommunikationskonzeptes und somit für die Inhalte der Marke Liechtenstein.»

Weniger Schnittstellen

LTN-LKW: Engere Zusammenarbeit

VADUZ – Jürgen Zech (FBP) informierte sich über die Schnittstellenproblematik zwischen LKW und LTN.

«Die Regierung hat unmittelbar nach der Behandlung der Interpellation betreffend die zukünftige Rechtsform der LKW im September des letzten Jahres eine ständige Arbeitsgruppe eingesetzt» erklärte Regierungsrat Hansjörg Frick. Die Arbeitsgruppe habe zum Ziel, die Aktivitäten zwischen den LKW und der LTN Liechtenstein TeleNet AG verstärkt zu koordinieren sowie entsprechende Massnahmen umzusetzen bzw. die notwendigen Entscheidungsgrundlagen vorzubereiten, damit die Forderungen des Landtags nach einer Bereinigung



der Schnittstelle LTN/LKW möglichst rasch erfüllt werden kann.

Neue Verträge

Als Konsequenz der Arbeiten der Arbeitsgruppe wurde der Leitungsvertrag zwischen den LKW und der LTN neu ausgehandelt. Darüber hinaus wurde ein zweistufiges Lösungsszenario entwickelt. In einem ersten Schritt ist geplant, dass die LKW und die LTN auf vertraglich-kommerzieller Basis ihre Zusammenarbeit vertiefen werden. Diese Kooperation betrifft einerseits eine verstärkte Zusammenarbeit im Infrastrukturbereich, um Synergieeffekte besser ausnützen zu können und eine Optimierung in der Marktbearbeitung. (pk)

ANZEIGE

Goldschmied
Raphael Huber

Bezaubernder Schmuck von Raphael umschmeichelt Sie.

Juwelen · Schmuck · Exclusive Einzelanfertigungen
Attenbach 1 · 9100 Vaduz · Liechtenstein · Telefon +423 252 61 21